



POLEN-ANALYSEN

www.laender-analysen.de/polen

FRAUENRECHTE

- | | | |
|---|--|----|
| ■ ANALYSE | | |
| Frauenrechte in Zeiten des Populismus | | 2 |
| Małgorzata Druciarek, Warschau | | |
| ■ UMFRAGE | | |
| Familienpolitik, Geschlechtergleichstellung und »Schwarze Proteste« | | 7 |
| ■ CHRONIK | | |
| 23. Januar 2018 – 5. Februar 2018 | | 10 |

Frauenrechte in Zeiten des Populismus

Małgorzata Druciarek, Warschau

Zusammenfassung

Das Ziel, die Familie zu stärken, steht auf der politischen Agenda der Regierungspartei *Recht und Gerechtigkeit* (*Prawo i Sprawiedliwość – PiS*) ganz oben. Entscheidungen im Bereich der reproduktiven Gesundheit und Maßnahmen in der Familien- und Rentenpolitik sowie weltanschauliche Einstellungen und rechtliche Regelungen gegenüber Frauen zeigen deutlich, dass diese vor allem als Mütter und Ehefrauen betrachtet werden. Zu den Folgen dieser Politik gehört die Deaktivierung der Frauen am Arbeitsmarkt, was gleichzeitig die Entlastung staatlicher Einrichtungen bei der Ausübung von Betreuungsaufgaben bedeutet. Als Bewusstseinswandel der Frauen deutet die Autorin die gesamtpolnischen Massenproteste der Frauen, die seit 2016 im Zusammenhang mit den Gesetzesinitiativen zur weiteren Verschärfung des Abtreibungsrechts auftraten. Erste Erfolge der Proteste könnten Frauen bestärken, sich auch künftig entschlossen für ihre Rechte einzusetzen.

»Déjà vu« – unter diesem Motto gingen am 17. Januar 2018 in ganz Polen Frauen und Männer auf die Straße, um gegen die Verschärfung des Abtreibungsrechts zu protestieren. Dieser »Schwarze Mittwoch« war ein weiterer Streik, der den 3. Oktober 2016 wiederholte, als es den polnischen Frauen als den Ersten seit dem Regierungswechsel im Herbst 2015 gelungen war, sich erfolgreich gegen die Absichten der konservativen Abgeordneten zu wehren (vgl. Polen-Analysen Nr. 191 vom 15. November 2016). Im Jahr 2016 waren zwei Entwürfe für ein neues Abtreibungsgesetz im Sejm eingereicht worden, »Abtreibungsstopp« (*Stop Aborcji*) und »Retten wir die Frauen« (*Ratujmy Kobiety*). Trotz Versicherungen der Regierung, dass kein von Bürgern eingebrachtes Gesetzesprojekt in erster Lesung abgelehnt werden würde, wurde nur der Entwurf für ein vollständiges Abtreibungsverbot in Polen zur Beratung an den parlamentarischen Ausschuss für Rechtsprechung und Menschenrechte weitergeleitet. Indem sie den Gesetzesentwurf des Komitees der Gesetzesinitiative »Retten wir die Frauen« ablehnte, zeigte die Partei *Recht und Gerechtigkeit* (*Prawo i Sprawiedliwość – PiS*), dass sie bereit ist, den sogenannten Abtreibungskompromiss von 1993 (er erlaubt den Schwangerschaftsabbruch, wenn das Leben und die Gesundheit der Schwangeren gefährdet sind, im Falle einer schweren und irreversiblen Behinderung oder unheilbaren Krankheit des Fötus oder wenn die Schwangerschaft Folge einer Straftat ist, d. Red.) aufzukündigen. Als Antwort auf diese Entscheidung organisierten Frauen in ganz Polen den Ersten Gesamtpolnischen Frauenstreik. Der »Schwarze Montag« war die erste Massenmobilisierung der polnischen Frauen zur Verteidigung ihrer Rechte und ein klarer Erfolg der Zivilgesellschaft. Der Massenprotest hatte die Erwartungen sowohl der Organisatorinnen als auch der Regierungsvertreter übertroffen. Kaum zwei Tage nach dem Streik der Frauen stimmte der parlamentarische Ausschuss für Rechtsprechung und Menschenrechte für die gänzliche Ablehnung des Gesetzes-

projekts. Die Polinnen waren sich jedoch dessen bewusst, dass eine gewonnene Schlacht noch keinen gewonnenen Krieg bedeutet – umso mehr, als gleich nach den Ereignissen des Oktober 2016 die damalige Ministerpräsidentin Beata Szydło Arbeiten an einem breit angelegten Programm zum Schutz des werdenden Lebens ankündigte.

Die Rückkehr des Themas Abtreibung auf die politische Agenda ließ ein Jahr auf sich warten. Am 10. Januar 2018 fand im Sejm die erste Lesung zweier weiterer Bürgergesetzesinitiativen statt – »Retten wir die Frauen« sowie »Stopp die Abtreibung« (*Zatrzymaj aborcję*). Die Geschichte liebt die Wiederholung – das Projekt, das den Zugang zum Schwangerschaftsabbruch liberalisieren sollte, wurde in erster Lesung abgelehnt, während der Entwurf, der das Abtreibungsrecht weiter verschärft, zur Beratung an den Ausschuss weitergeleitet wurde. Polinnen und Polen gingen abermals aufgebracht auf die Straße. Ihre Wut richtete sich nun vor allem gegen Abgeordnete der Oppositionsparteien, deren Abwesenheit im Sejm während der Abstimmung dazu geführt hatte, dass das Projekt »Retten wir die Frauen« abgelehnt wurde. Als Antwort auf die Frauenproteste reichte die Partei *Die Moderne* (*Nowoczesna*) ihren eigenen Gesetzesentwurf im Sejm ein, der die Liberalisierung des Abtreibungsrechts in Polen vorsieht. Gleichzeitig kündigte sie an, den abgelehnten Entwurf als Abgeordnetenprojekt einzureichen. Alles weist darauf hin, dass die Abgeordneten an mehr als einem Gesetzesentwurf arbeiten werden. Zu welchem Abschluss wird es kommen? Wird der Status quo legaler Schwangerschaftsabbrüche noch einmal bewahrt? Oder wird die *PiS*, die von Beginn ihrer Regierungszeit eine konsequente Anti-Frauen-Politik betreibt, die Änderung des sogenannten Abtreibungskompromisses herbeiführen?

Die reproduktive Gesundheit oder wie und wann die Polinnen gebären sollen

Die Aktivitäten der *PiS*, die auf die Regulierung der Fortpflanzungsrechte der Polinnen gerichtet sind, beschränk-

ten sich nicht auf die Frage des Zugangs zum Schwangerschaftsabbruch. Eine der ersten Entscheidungen der Regierung von Beata Szydło, die die Frauen betraf, war, das Programm zur Kostenübernahme bei künstlicher Befruchtung einzustellen, dank dessen über 5.000 Kinder zur Welt kamen. Am 30. Juni 2016 wurden zum letzten Mal die finanziellen Mittel überwiesen.[1] Das »Programm zur Heilung von Unfruchtbarkeit mit der Methode der künstlichen Befruchtung« lief seit Juli 2013 und war bis Ende Juni 2016 vorgesehen; die damalige Regierung aus *Bürgerplattform (Platforma Obywatelska – PO)* und *Polnischer Bauernpartei (Polskie Stronnictwo Ludowe – PSL)* verlängerte es in ihren letzten Amtstagen bis Ende 2019. Dies gefiel jedoch der neuen Regierung nicht. Ihr damaliger Gesundheitsminister Konstanty Radziwiłł beschloss, die Verlängerung des Programms zurückzunehmen. Für viele Paare bedeutete das das Ende der Chancen auf ein eigenes Kind. Gleichzeitig wurde das »Programm eines umfassenden Schutzes der reproduktiven Gesundheit in Polen« aufgelegt,[2] das die NaPro Technology bewirbt, das heißt die Methode der natürlichen Familienplanung. Für diese fehlen immer noch glaubwürdige Daten, die die Wirksamkeit der Methode zur Heilung von Unfruchtbarkeit bestätigen.

Es ist schwierig, alle Aspekte des oben genannten Regierungsprogramms zum Schutz des werdenden Lebens eindeutig darzustellen. Es lässt sich jedoch erschließen, dass die Entscheidung vom Februar 2017 dazugehört, den Verkauf von Hormonpräparaten zur Schwangerschaftsverhütung ausschließlich auf Rezept zuzulassen, ähnlich wie die Entscheidung, den Verkauf der sogenannten Pille danach ohne Rezept einzustellen. Diese konnte seit dem Jahr 2015 jeder ab dem 15. Lebensjahr ohne vorherigen Besuch beim Arzt kaufen. Seit dem 23. Juli 2017 ist die »Pille danach« in Polen verschreibungspflichtig, im Unterschied zu den anderen Ländern der Europäischen Union, wo die »Notfall-Verhütung« zum Standard gehört, mit Ausnahme von Ungarn und eben Polen.[3]

Zur reproduktiven Gesundheit gehören mit Sicherheit auch die Standards der Geburtsbetreuung, deren Verbindlichkeit laut Ankündigungen der Regierung zum Ende des Jahres 2018 aufgehoben werden sollen.[4] Das Ziel dieser Standards, die im Laufe von fast drei Jahren geschaffen wurden, ist, die Gebärenden abzusichern, indem ihre Rechte als Patientinnen gewahrt und ihre Bedürfnisse erfüllt werden. Zurzeit werden vom Gesundheitsressort neue Betreuungsstandards ausgearbeitet, die ab 2019 gelten sollen.[5] Es gibt noch keine verlässlichen Informationen darüber, welche Änderungen das Gesundheitsministerium hier plant. In der Medienberichterstattung wird die größere Kontrolle

über die Schwangere betont. Außerdem weisen Expertinnen und Experten darauf hin, dass sich die neuen Standards allein auf die Organisation der gesundheitlichen Betreuung beziehen sollen. Die konkreten medizinischen Anwendungen bleiben in der Kompetenz der jeweiligen ärztlichen Einrichtungen und ihrer Ärzte.

»Family mainstreaming« – die Re-Familiarisierung der Betreuung

Gender mainstreaming, das heißt die »Strategie, die Geschlechterperspektive in die Hauptströmung der Politik und Beschlussfassung zu integrieren, die Bedürfnisse und Möglichkeiten beider Geschlechter in allen unternommenen Aktivitäten, Projekten und Politiken zu berücksichtigen«, [6] wird von der Europäischen Kommission schon seit 1996 als verpflichtend für die Politik und die Tätigkeiten der Europäischen Union anerkannt. In Polen erfuhr diese Strategie jedoch keine eigentliche Implementierung; vielmehr wird *gender* von der Mehrheit der Politiker und der Entscheidungsträger als eine schädliche Ideologie betrachtet. Die *PiS*-Regierung führt dafür konsequent das Prinzip des *family mainstreaming* in viele ihrer politischen Entscheidungen ein. Dieser Begriff wurde im Jahr 2016 von Wojciech Kaczmarczyk, dem damaligen Regierungsbeauftragten für Gleichberechtigung und Zivilgesellschaft, in die öffentliche Debatte eingeführt. Während seines Auftritts in der Generaldebatte der 60. Sitzung der Kommission für den Status der Frauen unterstrich Minister Kaczmarczyk unter dem Motto »Familie in Mode« die Notwendigkeit, für Familienwerte zu werben.[7] Das Ziel, die Familie zu stärken, hat nach Aussagen von Vertreterinnen und Vertretern der *PiS*-Regierung Priorität. Familie wird hier sehr konkret als ein Ehepaar mit Kindern verstanden. Alle anderen Familienformen – nicht formalisierte Beziehungen, sogenannte unvollständige Familien, oder nicht heteronormative Beziehungen, werden praktisch nicht oder nur zu einem sehr geringen Grad von der Familienpolitik der Regierung berücksichtigt. Gleichzeitig werden Frauen im Rahmen dieser Politik vor allem als Mütter und Ehefrauen betrachtet, die die staatlichen Einrichtungen bei der Ausübung von Betreuungsaufgaben ersetzen.

Die Reform des Rentensystems ist eine hervorragende Illustration dieser Strategie. Frauen in Polen bekommen eine deutlich niedrigere Rente als Männer und sind von Altersarmut und gesellschaftlichem Ausschluss bedroht.[8] Die Herabsetzung des Renteneintrittsalters durch die *PiS* verschärft dieses Problem noch. Nach der Einführung der Reform beträgt die Rente teilweise nicht einmal 20 Prozent des letzten Verdienstes und ein bedeutender Anteil der Rentner erwirbt nicht einmal das Recht auf die Mindestrente.[9] Frauen

betrifft dieses Problem am stärksten. Zurzeit beträgt die Rentenlücke 700 Zloty (zirka 170 Euro, d. Red.);[10] sie wird sich in Zukunft vergrößern. Nach Expertenmeinung liegt die Hauptursache dieser Situation darin, dass jegliche institutionalisierte Unterstützung bei der Betreuung älterer Menschen fehlt, sowie in der Tatsache, dass die Frauen in Polen alle betreuenden Aufgaben übernehmen.[11] Hier bestehe eine enge Verknüpfung zwischen der Familien- und der Rentenpolitik, wobei erstere den Menschen die Rolle aufdrängt, die sie in der Gesellschaft erfüllen sollen. Die *PiS*-Regierung betrachtet Frauen als Betreuungskapital und die Senkung des Renteneintrittsalters als Maßnahme, dieses Kapital zu aktivieren.[12] In der früher angetretenen Rente betreuen Frauen ihre Enkelkinder, die keinen Platz in der Kinderkrippe bekommen haben, und ältere Menschen, für die Polen überhaupt keine Betreuungsinstitutionen bereithält außer den Einrichtungen der Sozialhilfe.[13] Hinzu kommen »Betreuungspausen«, deretwegen Frauen zeitweilig am Arbeitsmarkt ausfallen, und die Gehaltslücke, die sich negativ auf die Höhe der Rentenzahlungen auswirkt.

Wenn bereits auf die Bedeutung der Familienpolitik für die Situation der Frauen hingewiesen wurde, muss auch das Standardprogramm der *PiS* betrachtet werden, also das Familienförderprogramm »500 plus«. Zweifellos bewirkt es einen Anstieg der Lebensqualität armer Familien, insbesondere kinderreicher. Allerdings wurde es nicht mit Blick auf die Frauen konzipiert. Von Beginn des Programms an weisen Fachleute auf sein deaktivierendes Potential hin. Neueste Berechnungen ergeben,[14] dass sich in der zweiten Hälfte 2016 40.000 bis 55.000 Frauen aus dem Arbeitsmarkt zurückgezogen haben. Außerdem hat die Konstruktion des Programms zur Folge, dass viele alleinerziehende Mütter mit nur einem Kind aus dem Empfängerkreis ausgeschlossen werden; häufig sind es dieselben, die auch kein Recht auf Nutzung des Alimentefonds haben.[15] Den Geist, der das Programm »500 plus« durchzieht, fasste die Pressesprecherin der *PiS*, Beata Mazurek, so zusammen: Von einem Journalisten gefragt, was eine alleinerziehende Mutter mit einem Kind machen solle, da sie kein Geld aus dem Programm erhalte, antwortete sie: »Ich werde sie dazu ermuntern, ihre familiäre Situation zu stabilisieren, mehr Kinder zu haben, um so den Unterhalt zu ergattern.«[16]

Die konsequente Politik gegen die Frauen

Eine Reihe weiterer Entscheidungen bzw. Unterlassungen verdeutlicht die Beziehung der Regierungspartei zum Schutz der Rechte, Gesundheit und Sicherheit der Frauen. Es sind Entscheidungen, die man durchaus als konsequente Politik gegen die Frauen bezeichnen kann.

Die Bekämpfung der familiären Gewalt veranschaulicht dies hervorragend. Trotz der Ratifizierung des »Übereinkommens des Europarats zur Verhütung und Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen und häuslicher Gewalt«, sind die Maßnahmen seit dem Regierungswechsel nicht eingeführt worden. Zwar erklärte der Regierungsbefehlsmächtige für Bürgergesellschaft und Gleichberechtigung, dass die Regierung nicht beabsichtige, eine Aufkündigung des Übereinkommens in die Wege zu leiten,[17] tatsächlich aber unternimmt sie auch nichts, um die Maßnahmen zu implementieren. Außerdem wurden vielen Organisationen, die seit Jahren Gewaltopfern direkte Hilfe leisteten, die staatlichen finanziellen Mittel gestrichen. Diese Passivität der Regierung gegenüber dem Übereinkommen erklärte Präsident Andrzej Duda damit, dass die Vorgängerregierung zu Unrecht die Ratifikation betrieben habe und Polen keine zusätzlichen Rechtsmittel brauche, um Gewalt in der Familie wirksam zu bekämpfen. »Ich habe damals darauf hingewiesen, dass bei uns die Regelung bezüglich Gewalt sehr gut ist, funktioniert, angewendet wird, dass die Annahme weiterer Regelungen in diesem Bereich unnötig ist, weil es in Polen klappt. Daher müssen wir uns nicht zusätzlich zu etwas verpflichten.«[18] Unabhängig davon, ob Polen als Land das Übereinkommen kündigen wird oder nicht, hat Duda mit Blick auf dessen Verordnungen für alle Polen einen »guten« Rat: »Ich sage: vor allem nicht anwenden.«[19] Trotz der Versicherungen des Ministerpräsidenten Mateusz Morawiecki, dass der Kampf gegen Gewalt absolute Priorität habe,[20] scheint die Implementierung der Maßnahmen des Übereinkommens außerhalb seiner politischen Agenda zu bleiben. Er kündigt die Verschärfung des unteren Strafmaßes für Vergewaltigung und brutale Gewaltakte an, wobei er gleichzeitig unterstreicht, dass »dort keine Gewalt auftritt, wo die Sorge um familiäre Bande, um ein normales Zuhause auftritt, wo Liebe herrscht.« Seiner Ansicht nach »tritt Gewalt häufiger in informellen Verbindungen auf und nicht in denen, die rechtlich bestätigt sind.«[21] Mit anderen Worten, Ministerpräsident Morawiecki glaubt den statistischen Daten nicht, die zeigen, dass die Gewaltopfer innerhalb der Ehe überwiegen.[22] Er glaubt, dass das traditionelle Familienmodell die beste Art und Weise darstellt, häusliche Gewalt und Gewalt gegen Frauen in Polen zu verhüten.

Frauenrechte in Zeiten des Populismus

Die ungleiche Behandlung der Geschlechter ist ein verbreitetes Phänomen auf der ganzen Welt. Sogar die Länder, die sich mit dem höchsten Indikator für Gleichberechtigung schmücken können,[23] stehen immer noch vor vielen Herausforderungen und haben noch einen langen Weg bis zur tatsächlichen Chancengleichheit für Frauen

und Männer vor sich. In den letzten Jahren trat allerdings in vielen Ländern ein außerordentlich beunruhigender Trend auf, und zwar eine Anti-Frauen-Politik, die den Frauen häufig ihre Rechte nimmt und sie neuen Gefährdungen aussetzt. Aus dem neuesten Bericht der internationalen humanitären Organisation Oxfam geht deutlich hervor,[24] dass für Frauen neue Zeiten angebrochen sind. Bestätigt wird diese Tatsache dadurch, dass innerhalb der letzten fünf Jahre die Direktzahlungen von Spendern für Frauenrechtsorganisationen um mehr als die Hälfte zurückgingen. In den USA war die Kürzung der öffentlichen finanziellen Mittel für Organisationen, die sich für die bewusste Familienplanung einsetzen, eine der ersten politischen Entscheidungen des Präsidenten Donald Trump. Sie betraf alle internationalen Nichtregierungsorganisationen, die im Rahmen ihrer Tätigkeiten für die reproduktive Gesundheit sowie die Familienplanung auch Hilfe beim Zugang zu Abtreibung anbieten. Die Vereinigten Staaten gaben jährlich zirka 600 Millionen Dollar für die internationale Unterstützung von Programmen zur Familienplanung und für reproduktive Gesundheit aus. Bezogen auf den Zugang zu Verhütungsmitteln nutzten durchschnittlich 27 Millionen Frauen weltweit die Hilfe dieser Organisationen.[25] »Dies ist ein kritischer Moment für die Frauenrechte auf der Welt, denn der Fortschritt, für den wir seit Jahrzehnten so schwer gekämpft haben, ist bedroht«, betont die Vertreterin der Organisation, Nikki van der Gaag.[26] Die konsequente Politik gegen Frauen ist also nicht nur ein polnisches Phänomen. Was verursachte es aber, dass die Frauenrechte, die ohnehin nie zu den prioritären politischen Agenden der Länder gehörten, nun vor neuen Gefahren stehen?

In den letzten Jahren ließ sich in vielen westlichen Ländern ein Anstieg der populistischen Kräfte beobachten.[27] In Europa ist die gesellschaftliche Unterstützung für solche Gruppierungen sowohl auf der nationalen als auch auf der europäischen Ebene mehr als doppelt so groß wie in den 1960er Jahren.[28] Sogar in den Ländern, in denen populistische Gruppierungen keine bedeutende Rolle im Parlament spielen, sind ihre Narrative deutlich vernehmbar und wirken mit enormer Kraft auf die öffentliche Meinung, wie das Beispiel des Brexit zeigt. Welche Verbindung besteht hier zu den Frauenrechten? Die Anfälligkeit der europäischen Gesellschaften für populistischen Nationalismus ist keine schlichte Konsequenz aus der Wirtschafts- und Finanzkrise des Jahres 2008, sondern hat ausdifferenzierte gesellschaftlich-kulturelle Ursachen.[29] Nach der These von Pippa Norris ist der gegenwärtige autoritäre Populismus eine spezifische kulturelle Konterrevolution,[30] ein Versuch, die Entwicklungsrichtung der westlichen Gesellschaften auf der Ebene der Werte umzukehren. In diesem Paradigma ist der Populismus eine Reaktion auf Ver-

änderungen wie die Emanzipation der Frauen, ethnischer, religiöser und auch sexueller Minderheiten. Der Wahlsieg der *PiS* in den Parlamentswahlen 2015 und der Anfang des sogenannten guten Wandels lassen sich unter unterschiedlichen Aspekten analysieren, wie der sozialen Ungleichheit oder der Wahlversprechen, beispielsweise in Form des Programms »500 plus«. Mit Sicherheit aber spielte die Renaissance starker religiös-konservativer Tendenzen in der Gesellschaft eine Schlüsselrolle.[31] Die Werte sind eine der Hauptachsen der Spaltung der polnischen Gesellschaft. Die Spaltung wird durch die aktive Einmischung der katholischen Kirche in das politische Leben Polens aufrechterhalten.[32] Ihre herausragende Position im öffentlichen Leben bildete sich in den 1980er Jahre aus, als in Polen die Systemtransformation voranschritt. Die Tatsache, dass die katholische Kirche damals die einzige Institution war, die von den kommunistischen Machthabern als reale politische Kraft behandelt wurde, ließ die Politiker sie als ständigen Bestandteil der politischen Bühne betrachten. Nach der Machtübernahme durch die *PiS* im Herbst 2015 wurde klar, dass der Einfluss der Amtskirche auf politische Entscheidungen stärker und sichtbarer werden würde und weltanschauliche Themen auf die politische Agenda zurückkehren würden.[33] Und dazu kam es auch.

Die hier dargestellten politischen Entscheidungen zeigen deutlich, dass die Politik der aktuellen Regierung konsequent gegen Frauen gerichtet ist. Allerdings muss unterstrichen werden, dass auch keine der Vorgängerregierungen die Gleichberechtigung von Frauen und Männern zu den Prioritäten ihrer politischen Agenda zählte. Die Frauen in Polen werden weder im öffentlichen Leben noch im privaten Bereich gleich behandelt. Sie werden häufig auf dem Arbeitsmarkt diskriminiert, sie haben keinen gleichen Zugang zum Gesundheitssystem oder zu politischen Positionen.[34] Hinzu kommt eines der restriktivsten Abtreibungsgesetze in Europa. Es musste eine reale Gefahr für ihre Gesundheit und ihr Leben in Gestalt des Gesetzesentwurfs »Stopp die Abtreibung« auftreten, damit sie endlich auf die Straße gingen. Sie mussten auf die Zeiten warten, dass ihnen die Regierung aktiv ihre Rechte nimmt, um zu verstehen, dass Frauenrechte Menschenrechte sind, um die man kämpfen muss.[35]

Der Erste Gesamtpolnische Frauenstreik war mit Sicherheit ein Ereignis in der Geschichte der polnischen Frauenbewegung, das als einer der größten Erfolge im Kampf um die Frauenrechte im Jahr 2016 wahrgenommen und bewertet wird.[36] Seit 1989 gingen die Polinnen erstmals so zahlreich auf die Straße, was zweifellos eine Wende bedeutet, was das Ausmaß der Mobilisierung und des gemeinsamen Handelns betrifft. Immer zahlreichere Frauenproteste auf der ganzen Welt weisen auf positive Veränderungen im Bewusstsein der Frauen und der

Frauenbewegung hin. In Polen scheint eine wesentliche Frage zu sein, ob der Sturm um das Abtreibungsrecht ausreicht, damit die Frauen ihren solidarischen Kampf um ihre Rechte aufrechterhalten. Mit Sicherheit ist es aktuell eine der größten Herausforderungen der feministischen Bewegung, Frauen über die Folgen konkreter politischer

Regierungsentscheidungen für ihr Leben zu informieren und aufzuklären. Es scheint, als könne der kulturelle *backlash* vor allem mit Hilfe der Kraft derjenigen gesellschaftlichen Gruppen aufgehalten und bekämpft werden, denen die populistische Politik am meisten schadet.[37]
Übersetzung aus dem Polnischen: Silke Plate

Über die Autorin

Małgorzata Druciarek, Soziologin, ist wissenschaftliche Mitarbeiterin und Leiterin des »Observatoriums für Geschlechtergleichheit« am Institut für Öffentliche Angelegenheiten, Warschau (Observatorium Równości Płci, Instytut Spraw Publicznych, Warszawa). Ihre Forschungsgebiete sind die Gleichberechtigung von Frauen und Männern und Familienpolitik.

Liste der Endnoten

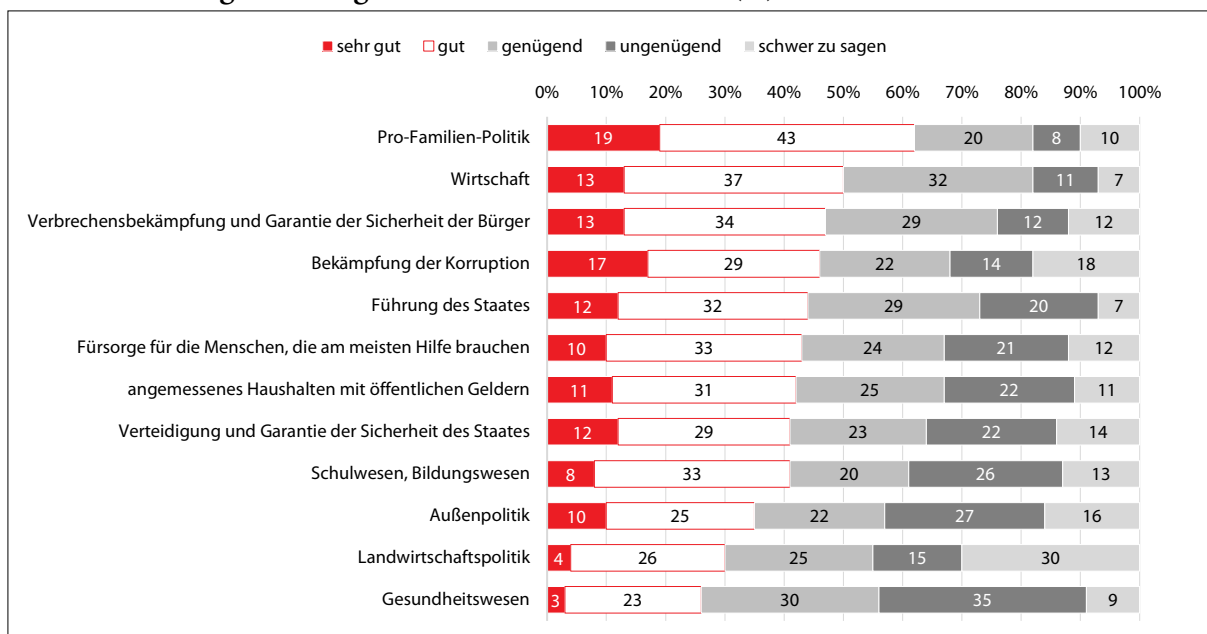
- [1] *Podział środków finansowych pomiędzy realizatorów programu in vitro w 2016*, Ministerstwo Zdrowia, 15 czerwca 2016, <<http://www.mz.gov.pl/zdrowie-i-profilaktyka/zdrowie-matki-i-dziecka/ogloszenia-program-leczenie-nieplodnosci-metoda-zaplodnienia-pozastrojowego-in-vitro/>> (abgerufen am 20.01.2018).
- [2] *Program Kompleksowej Ochrony Zdrowia Prokreacyjnego w Polsce w latach 2016–2020*, <<http://www.mz.gov.pl/wp-content/uploads/2016/09/2017-program-kompleksowej-ochrony-zdrowia-prokreacyjnego-nowelizacja-24072017.pdf>> (abgerufen am 20.01.2018).
- [3] Koalicja Mam Prawo, <<http://koalicjamamprawo.pl/publikacje/>> (abgerufen am 20.01.2018).
- [4] *Stanowisko Fundacji Rodzić po Ludzku w sprawie zmian dotyczących standardów opieki okołoporodowej*, Fundacja Rodzić po Ludzku, <<http://www.rodzicpoludzk.pl/Interwencje/Stanowisko-Fundacji-Rodzic-po-Ludzku-w-sprawie-zmian-dotyczacych-Standardow-opieki-okoloporodowej.html>> (abgerufen am 20.01.2018).
- [5] *Standardy opieki okołoporodowej będą gotowe do końca marca?*, <<http://www.rynekzdrowia.pl/Serwis-Ginekologia-i-poloznictwo/Standardy-opieki-okoloporodowej-beda-gotowe-do-konca-marca,180444,209.html>> (abgerufen am 20.01.2018).
- [6] <<https://rownosc.info/dictionary/gender-mainstreaming/>> (abgerufen am 20.01.2018).
- [7] <<https://www.spoleczenstwoobywatelskie.gov.pl/aktualnosci/udzial-ministra-wojciecha-kaczmarczyka-w-debacie-generalnej-komisji-ds-statusu-kobiet>> (abgerufen am 20.01.2018).
- [8] Janina Petelczyc, Paulina Roicka, *Sytuacja kobiet w systemie emerytalnym*, Instytut Spraw Publicznych, Warszawa 2016, <<http://rownoscplci.pl/publikacje,1,28.html>> (abgerufen am 20.01.2018).
- [9] Janina Petelczyc, *Niższy wiek emerytalny kobiet, czyli kiedy uprawnienie jest obciążeniem*, w: (S)prawa Polek, Instytut IDEI, numer 12, <<http://www.instytutobywatelski.pl/wp-content/uploads/2017/06/inst-idei-12-web-2.pdf>> (abgerufen am 20.01.2018).
- [10] Janina Petelczyc, Paulina Roicka, *Sytuacja kobiet w systemie emerytalnym*, Instytut Spraw Publicznych, Warszawa 2016, <<http://rownoscplci.pl/publikacje,1,28.html>> (abgerufen am 20.01.2018).
- [11] <<http://rownoscplci.pl/aktualnosci,1,270.html>> (abgerufen am 20.01.2018).
- [12] <<https://oko.press/wedlug-min-rafalskiej-miejsce-kobiet-domu-nizszy-wiek-emerytalny-dla-nich-przywrocenie-kapitalu-opiekunczego/>> (abgerufen am 20.01.2018).
- [13] Małgorzata Druciarek, Aleksandra Niżyńska, *100 dni rządu = Rodzina 500+, Kobiety 500-*, Kultura Liberalna, <<http://kulturaliberalna.pl/2016/02/29/emerytury-rzadz-dzieci-kobiety-druciarek-nizynskafeminizujac-100-dni-rzadu-rodzina-500-kobiety-500/>> (abgerufen am 20.01.2018).
- [14] Iga Magda, *Family 500+ and women's labour market participation*, Instytut Badań Strukturalnych, <<http://ibs.org.pl/app/uploads/2017/10/2.-I.Magda-Family-500-benefit-24.10.2017.pdf>> (abgerufen am 20.01.2018).
- [15] Agata Chelstowska, *Alimenty na dzieci. Diagnoza polskiego systemu i przegląd praktyk zagranicznych*, Instytut Spraw Publicznych, Warszawa 2017, <<http://rownoscplci.pl/publikacje,6,35.html>> (abgerufen am 20.01.2018).
- [16] <<http://wyborcza.pl/1,76842,19574039,samotna-matka-nie-dostanie-500-na-dziecko-rzeczniczka-pis-radzi.html>> (abgerufen am 20.01.2018).
- [17] *Min. Lipiński zapewnia RPO: rząd RP nie zamierza wypowiedzieć konwencji antyprzemocowej*, Rzecznik Praw Obywatelskich, 11 stycznia 2017, <<https://www.rpo.gov.pl/pl/content/min-lipi%C5%84ski-zapewnia-rpo-rz%C4%85d-rp-nie-zamierza-wypowiedzie%C4%87-konwencji-antyprzemocowej>> (abgerufen am 20.01.2018).
- [18] Polska Agencja Prasowa, *Duda w TVP o Konwencji antyprzemocowej: Przede wszystkim nie stosować*, GAZETA.PL, 3 lutego 2017 <<http://wiadomosci.gazeta.pl/wiadomosci/7,114883,21328525,duda-w-tvp-o-konwencji-antyprzemocowej-przede-wszystkim-nie.html>> (abgerufen am 20.01.2018).
- [19] Ebd.
- [20] <<http://www.pap.pl/aktualnosci/news,1232314,morawiecki-dla-goscia-niedzielnego-walka-z-przemoca-to-priorytet.html>> (abgerufen am 20.01.2018).
- [21] Ebd.
- [22] Michał Lewoc, *Diagnoza skali zjawiska przemocy w rodzinie w Polsce*, <<https://ms.gov.pl/pl/probacja/2014/>> (abgerufen am 20.01.2018).
- [23] *The Global Gender Gap Report 201*, <http://www3.weforum.org/docs/WEF_GGGR_2017.pdf> (abgerufen am 20.01.2018).
- [24] *An economy that works for women. Achieving women's economic empowerment in an increasingly unequal world*, Oxfam, March 2017, <https://www.oxfam.org/sites/www.oxfam.org/files/file_attachments/bp-an-economy-that-works-for-women-020317-en.pdf> (abgerufen am 20.01.2018).
- [25] Amanda Terkel, *Donald Trump Signs Anti-Abortion Executive Order Surrounded By Men*, The Huffington Post, 23 January 2017, <http://www.huffingtonpost.com/entry/donald-trump-abortion-men_us_5886369be4b0e3a7356a7910> (abgerufen am 20.01.2018).
- [26] *An economy that works for women*, reliefweb, 1 March 2017, <<http://reliefweb.int/report/world/economy-works-women>> (abgerufen am 20.01.2018).

- [27] Ronald F. Inglehart, Pippa Norris, *Trump, Brexit, and the rise of Populism: Economic have-not and cultural backlash*, HARVARD Kennedy School Faculty Research Working Paper Series, August 2016, <<https://webcache.googleusercontent.com/search?q=cache:BrXRr6UP5r0J:https://research.hks.harvard.edu/publications/getFile.aspx%3Fid%3D1401+&cd=1&hl=pl&ct=clnk&gl=pl&client=firefox-b>> (abgerufen am 20.01.2018).
- [28] Ebd.
- [29] Jacek Kucharczyk, Dominik Owczarek, Aleksander Fuksiewicz, Małgorzata Druciarek, *Poland – When fear wins: causes and consequences of Poland’s populist turn*, w: *Nothing to Fear but Fear Itself*, Demos 2017 <<https://www.demos.co.uk/wp-content/uploads/2017/02/Nothing-to-Fear-but-Fear-Itself-final.pdf>> (abgerufen am 20.01.2018).
- [30] Ronald F. Inglehart, Pippa Norris, *Trump, Brexit, and the rise of Populism: Economic have-not and cultural backlash*, HARVARD Kennedy School Faculty Research Working Paper Series, August 2016, <<https://webcache.googleusercontent.com/search?q=cache:BrXRr6UP5r0J:https://research.hks.harvard.edu/publications/getFile.aspx%3Fid%3D1401+&cd=1&hl=pl&ct=clnk&gl=pl&client=firefox-b>> (abgerufen am 20.01.2018).
- [31] Jacek Kucharczyk, Dominik Owczarek, Aleksander Fuksiewicz, Małgorzata Druciarek, *Poland – When fear wins: causes and consequences of Poland’s populist turn*, w: *Nothing to Fear but Fear Itself*, Demos 2017 <<https://www.demos.co.uk/wp-content/uploads/2017/02/Nothing-to-Fear-but-Fear-Itself-final.pdf>> (abgerufen am 20.01.2018).
- [32] Ebd.
- [33] Marta Chmielewska, Małgorzata Druciarek, Izabela Przybysz, *Czarny protest – w stronę nowego »kompromisu aborcyjnego?«*, Instytut Spraw Publicznych, Warszawa 2017, <<http://rownoscplci.pl/publikacje,6,36.html>> (abgerufen am 20.01.2018).
- [34] Aleksandra Niżyńska, Monika Płatek, Izabela Przybysz, *Zielona Księga nierówności w prawie*, Instytut Spraw Publicznych, Warszawa 2016, <<http://rownoscplci.pl/publikacje,1,31.html>> (abgerufen am 20.01.2018).
- [35] Małgorzata Druciarek, *Prawa kobiet w czasach populizmu*, w: *(S)prawa Polek*, Instytut IDEI, numer 12, <<http://www.instytutobywatelski.pl/wp-content/uploads/2017/06/inst-idei-12-web-2.pdf>> (abgerufen am 20.01.2018).
- [36] <<https://www.globalfundforwomen.org/10-best-moments-for-womens-rights-2016/#.WHIVUIPhDIU>> (abgerufen am 20.01.2018).
- [37] Jacek Kucharczyk, *It’s not the economy, stupid! Explaining the success of authoritarian populism in Poland*, <<http://situationroom.dpart.org/index.php/blog/15-articles/poland/31-it-s-not-the-economy-stupid>> (abgerufen am 20.01.2018).

UMFRAGE

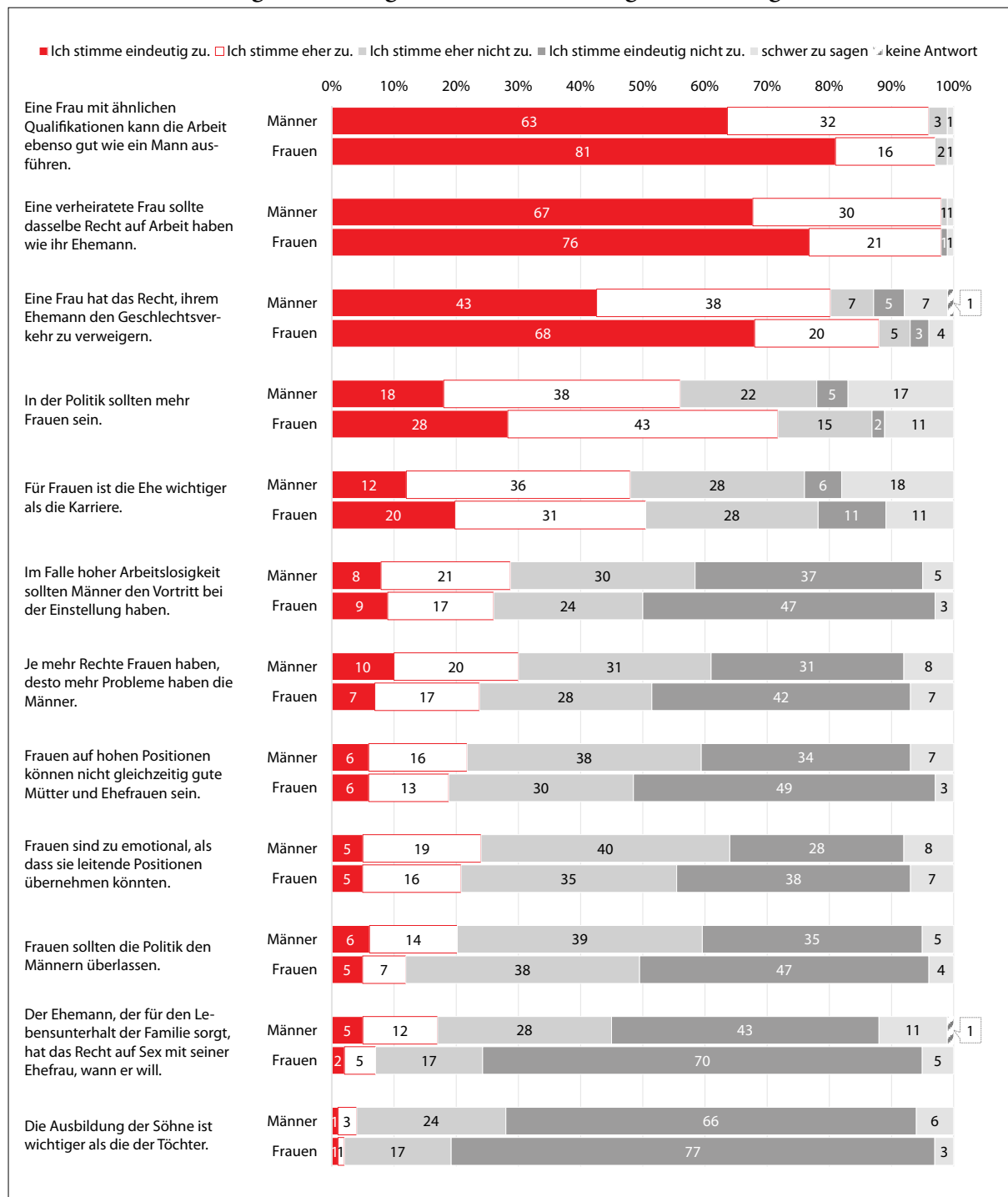
Familienpolitik, Geschlechtergleichstellung und »Schwarze Proteste«

Grafik 1: Wie würden Sie die Aktivitäten der Regierung von Ministerpräsidentin Beata Szydło seit Beginn in folgenden Bereichen beurteilen? (%)



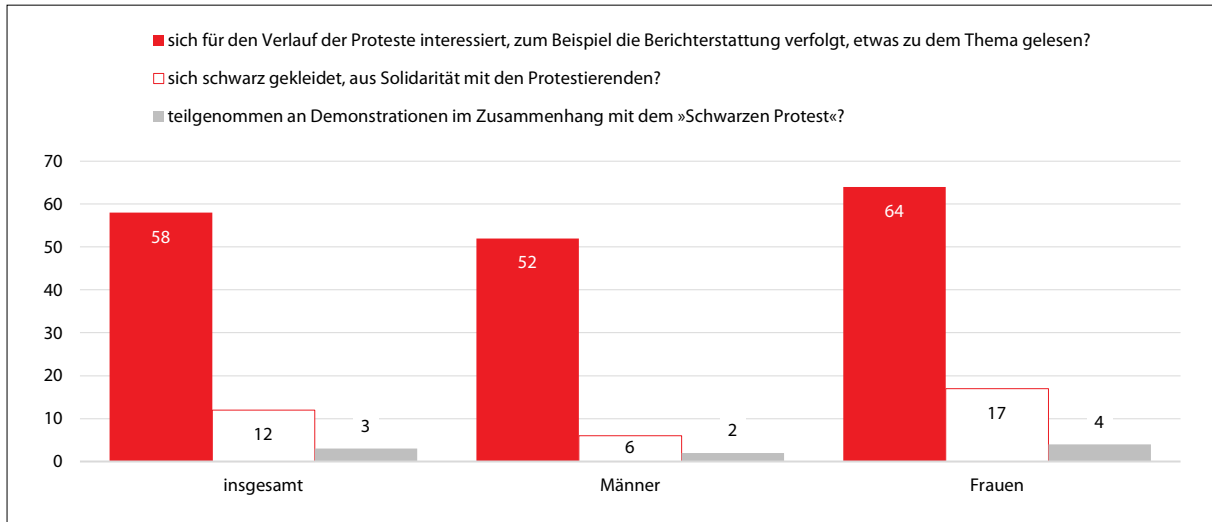
Quelle: CBOS Komunikat z Badań Nr. 145/2017: *Bilans dokonani rządu po dwóch latach jego działalności* [Eine Bilanz der Leistungen der Regierung nach zwei Jahren ihrer Tätigkeit]. Warszawa 11/2017. <www.cbos.pl>

Grafik 2: Geschlechtergleichstellung: Stimmen Sie den folgenden Aussagen zu oder nicht? (%)



Quelle: CBOS Komunikat z Badań Nr. 157/2017: Stosunek do równouprawnienia płci – Polska vs. kraje muzułmańskie [Das Verhältnis zur Geschlechtergleichstellung – Polen gegenüber islamischen Ländern]. Warszawa 11/2017. <www.cbos.pl>

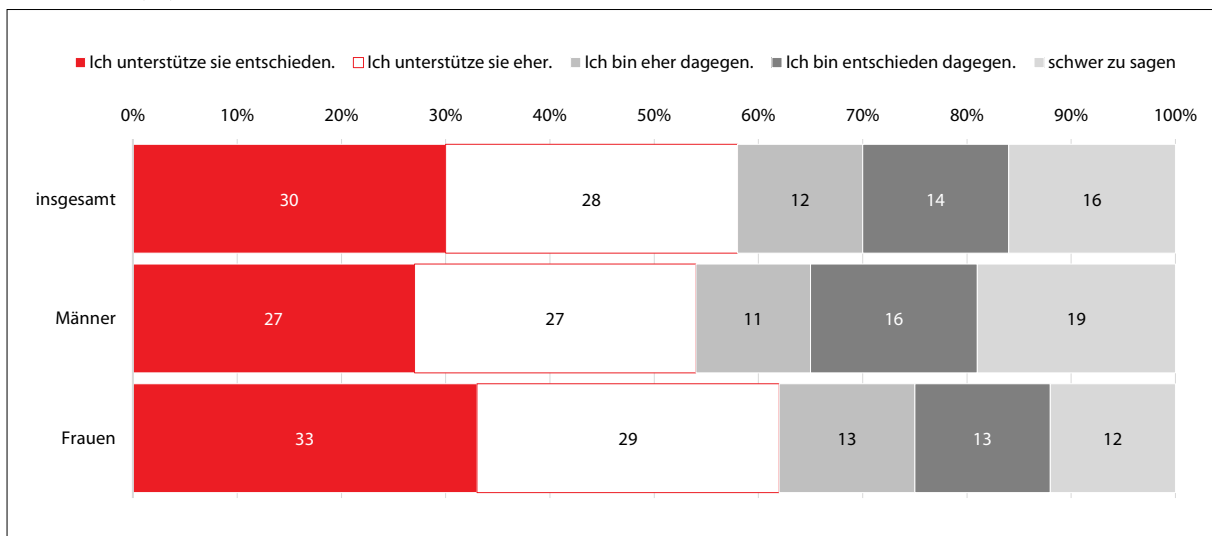
Grafik 3: Die »Schwarzen Proteste«: Haben Sie persönlich... (%)*



*Aus Protest gegen die mögliche Verschärfung des Abtreibungsrechts gingen im Oktober 2016 landesweit Tausende Frauen schwarz gekleidet auf die Straße.

Quelle: CBOS Komunikat z Badań Nr. 165/2016: Polacy o prawach kobiet, »czarnych protestach« i prawie aborcyjnym [Die Polen über Frauenrechte, die »Schwarzen Proteste«, und das Abtreibungsrecht]. Warszawa 11/2016. <www.cbos.pl>

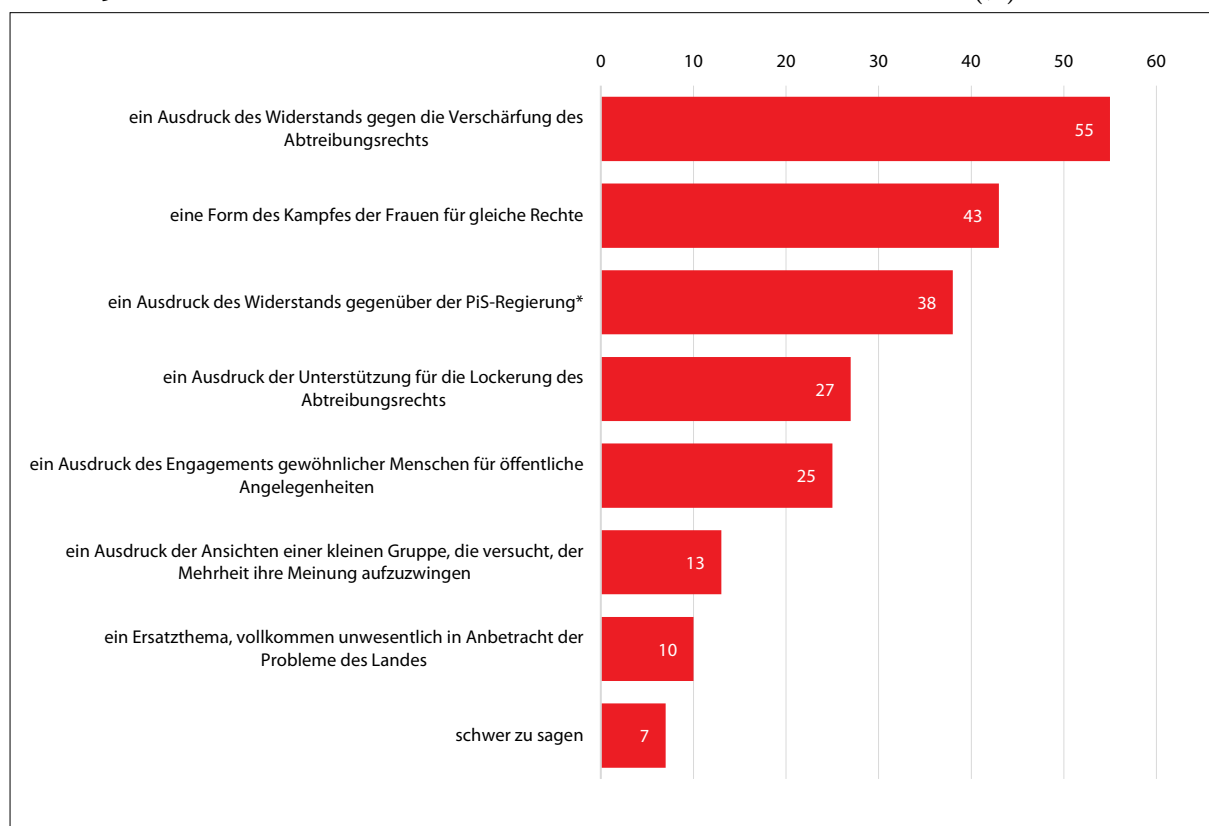
Grafik 4: Unterstützen Sie im Allgemeinen die »Schwarzen Proteste« oder sind Sie dagegen? (%)*



*Aus Protest gegen die mögliche Verschärfung des Abtreibungsrechts gingen im Oktober 2016 landesweit Tausende Frauen schwarz gekleidet auf die Straße.

Quelle: CBOS Komunikat z Badań Nr. 165/2016: Polacy o prawach kobiet, »czarnych protestach« i prawie aborcyjnym [Die Polen über Frauenrechte, die »Schwarzen Proteste«, und das Abtreibungsrecht]. Warszawa 11/2016. <www.cbos.pl>

Grafik 5: Was sind für Sie die »Schwarzen Proteste«? Sind sie vor allem... ? (%)



*PiS – Prawo i Sprawiedliwość/Recht und Gerechtigkeit

Anm.: Die Summe der Angaben ergibt mehr als 100 %, da beliebig viele Antworten gegeben werden konnten.

Quelle: CBOS Komunikat z Badań Nr. 165/2016: Polacy o prawach kobiet, »czarnych protestach« i prawie aborcyjnym [Die Polen über Frauenrechte, die »Schwarzen Proteste«, und das Abtreibungsrecht]. Warszawa 11/2016. <www.cbos.pl>

CHRONIK

23. Januar 2018 – 5. Februar 2018

23.01.2018	Elżbieta Rafalska, Ministerin für Familie, Arbeit und Sozialpolitik, und Ministerpräsident Mateusz Morawiecki stellen das sozialpolitische Programm für Senioren bis 2030 »Sozialpolitik gegenüber älteren Menschen 2030. Sicherheit. Teilhabe. Solidarität« vor. U. a. sollen rechtliche Fragen im Zusammenhang mit Pflegebedürftigkeit geregelt und Betreuungsstandards aufgestellt werden.
24.01.2018	Auf der Fraktionssitzung der Bürgerplattform (Platforma Obywatelska – PO) wird beschlossen, eine Gesetzesnovelle, »Paket für die Frauen«, in den Sejm einzubringen, die den seit 1993 geltenden »Abtreibungskompromiss« bestätigt (eine Abtreibung ist legal, wenn Gefahr für die Gesundheit und das Leben der Schwangeren besteht, der Fötus eine irreversible, schwere Behinderung oder Krankheit aufweist oder die Schwangerschaft infolge einer Straftat eintrat) und die Kostenübernahme für Verhütungsmittel und künstliche Befruchtung sowie pränatale Diagnostik und Sexualkundeunterricht mit umfasst.

26.01.2018	Der Sejm verabschiedet mit 279 Stimmen, fünf Gegenstimmen und 130 Enthaltungen eine Novelle des Gesetzes über das Institut des Nationalen Gedenkens, Kommission für die Verfolgung von Verbrechen gegen die Polnische Nation (Instytut Pamięci Narodowej, Komisja Ścigania Zbrodni przeciwko Narodowi Polskiemu). Diese sieht eine Geldstrafe oder eine Freiheitsstrafe bis zu drei Jahren vor, wenn der polnischen Nation oder dem polnischen Staat öffentlich und entgegen den Fakten die Verantwortung oder Mitverantwortung für Verbrechen zugeschrieben werden, die von Deutschland in der Zeit des Nationalsozialismus begangen wurden, oder für andere Verbrechen gegen die Menschlichkeit, den Frieden sowie Kriegsverbrechen. Die gleiche Strafe droht, wenn die Verantwortung der tatsächlichen Täter verringert wird. Die Freiheit der Wissenschaften und der Künste und die Freiheit historischer Diskussionen sollen von dem Gesetz nicht eingeschränkt werden. Das Gesetz wird zur weiteren Bearbeitung an den Senat weitergeleitet.
27.01.2018	Der israelische Ministerpräsident Benjamin Netanjahu spricht sich entschieden gegen die am Vortag im Sejm verabschiedete Gesetzesnovelle aus und weist die Botschafterin Israels in Warschau an, Ministerpräsident Mateusz Morawiecki die deutliche Ablehnung des Gesetzes durch Israel zu vermitteln. Das israelische Außenministerium fordert die polnische Regierung auf, die Gesetzesnovelle noch vor der Fortsetzung des Gesetzgebungsprozesses zu ändern. Der Regierungschef und das Außenministerium Israels betonen, dass die historische Wahrheit nicht geändert und der Holocaust nicht negiert werden dürfe. Kritiker befürchten, dass mit dem Gesetz verhindert werden könne, beispielsweise die Kollaboration von polnischen Bürgern mit dem nationalsozialistischen Deutschland aufzuarbeiten.
27.01.2018	Im ehemaligen nationalsozialistischen Konzentrations- und Vernichtungslager Auschwitz-Birkenau findet die jährliche Gedenkfeier anlässlich der Befreiung des Lagers im Jahr 1945 durch die Rote Armee statt. Ministerpräsident Mateusz Morawiecki erinnert daran, dass in der internationalen Holocaust Gedenkstätte Yad Vashem in Israel fast 7.000 Polen als Gerechte unter den Völkern aufgenommen sind. Dies gebe aber nicht die Wahrheit und die Realität unter der nationalsozialistischen Besetzung wieder. In Yad Vashem fehle noch der Baum der Gerechten für das Land Polen. Die israelische Botschafterin in Warschau, Anna Aziri, bekräftigt in ihrer Rede die Kritik Israels an dem am Vortag im Sejm verabschiedeten Gesetz über das Institut des Nationalen Gedenkens, Kommission für die Verfolgung von Verbrechen gegen die Polnische Nation (Instytut Pamięci Narodowej, Komisja Ścigania Zbrodni przeciwko Narodowi Polskiemu).
27.01.2018	Der US-amerikanische Außenminister Rex Tillerson trifft sich in Warschau mit Ministerpräsident Mateusz Morawiecki und Außenminister Jacek Czaputowicz. Thematisiert werden Fragen der internationalen Sicherheit und der bilateralen Zusammenarbeit, insbesondere der Energiesicherheit. Czaputowicz betont die Bedeutung des US-amerikanischen Flüssiggasimports via Polen für die Diversifizierung der Energielieferungen nach Europa. Außerdem werde sich Polen für eine Verstärkung der Präsenz der US-Streitkräfte in Polen im Rahmen der NATO einsetzen, die das Gefühl der Sicherheit in Polen stärken. Am Vortag fand ein Treffen zwischen Tillerson und Präsident Andrzej Duda statt.
28.01.2018	Der Geschäftsführer des World Jewish Congress (WJC), Robert Singer, kritisiert das in der vergangenen Woche vom Sejm verabschiedete Gesetz, das u. a. die Bezeichnung »polnische Vernichtungslager« unter Strafe stellt, wenn es um nationalsozialistische Vernichtungslager auf von Deutschen besetztem polnischem Gebiet während des Zweiten Weltkriegs geht. Die Sensibilität der Polen sei verständlich, doch sei es ein gefährlicher Fehler, diejenigen zu kriminalisieren, die die falsche Bezeichnung verwenden. Nicht mittels einer Kriminalisierungskampagne, sondern mit Hilfe von Bildung müsse sich eine Änderung einstellen. Außerdem könne das Gesetz eine Aufarbeitung der Kollaboration von polnischen Bürgern mit den Nationalsozialisten verhindern.
28.01.2018	In einem Telefonat wegen der Verabschiedung des scharf kritisierten Gesetzes über das Institut des Nationalen Gedenkens, Kommission für die Verfolgung von Verbrechen gegen die Polnische Nation (Instytut Pamięci Narodowej, Komisja Ścigania Zbrodni przeciwko Narodowi Polskiemu) in der vergangenen Woche vereinbaren Ministerpräsident Mateusz Morawiecki und der israelische Ministerpräsident Benjamin Netanjahu die umgehende Einberufung einer bilateralen Expertengruppe für den historischen Dialog zwischen beiden Ländern. Morawiecki unterstreicht, dass der Dialog nicht die souveränen Entscheidungen des polnischen Parlaments betreffen dürfe.
29.01.2018	Der Chef der Präsidialkanzlei, Krzysztof Szczerski, und die Botschafterin Israels in Warschau, Anna Azari, besprechen Formulierungen des in der vergangenen Woche im Sejm verabschiedeten Gesetzes über das Institut des Nationalen Gedenkens, Kommission für die Verfolgung von Verbrechen gegen die Polnische Nation (Instytut Pamięci Narodowej, Komisja Ścigania Zbrodni przeciwko Narodowi Polskiemu).

29.01.2018	In Warschau treffen sich im Rahmen des »Weimarer Dreiecks« (Deutschland, Frankreich, Polen) der stellvertretende Außenminister Bartosz Cichocki, Maurice Gourdault-Montagne, Generalsekretär des französischen Außenministeriums, und Walter Lindner, Staatssekretär im Auswärtigen Amt. Thematisiert werden die Intensivierung der Zusammenarbeit und die Sicherheitslage in der europäischen Nachbarschaft. Cichocki weist auf die militärische Aufrüstung Russlands, fehlende Fortschritte im russisch-ukrainischen Konflikt, die Verschlechterung der wirtschaftlichen und humanitären Situation auf der von Russland besetzten Krim und die Aktivitäten Russlands mit dem Ziel der Destabilisierung der Lage u. a. in EU-Staaten hin. Weiter betont er das Engagement Polens in Krisenregionen, um Flüchtlingsursachen zu bekämpfen.
31.01.2018	Das Finanzministerium teilt mit, dass das Haushaltsdefizit im Jahr 2017 mit 25,4 Mrd. Zloty um 42,7% geringer ausfiel als veranschlagt (59,3 Mrd. Zloty). Zurückzuführen sei dies u. a. auf die höheren Steuereinnahmen, insbesondere der Mehrwertsteuer.
01.02.2018	Der Senat stimmt in der Nacht vom 31.01. auf den 01.02. mit 57 Ja-Stimmen, 23 Nein-Stimmen und zwei Enthaltungen ohne Korrekturen für das umstrittene, auch international scharf kritisierte Gesetz über das Institut des Nationalen Gedenkens, Kommission für die Verfolgung von Verbrechen gegen die Polnische Nation (Instytut Pamięci Narodowej, Komisja Ścigania Zbrodni przeciwko Narodowi Polskiemu). Kritiker bemängeln unpräzise Formulierungen des Gesetzes und befürchten, dass die Erforschung der Mitverantwortung von polnischen Bürgern für die von den Nationalsozialisten während des Zweiten Weltkriegs verübten Verbrechen unterbunden werden kann.
01.02.2018	In einer Ansprache an die Bevölkerung aus Anlass der Verabschiedung des umstrittenen Gesetzes über das Institut des Nationalen Gedenkens, Kommission für die Verfolgung von Verbrechen gegen die Polnische Nation (Instytut Pamięci Narodowej, Komisja Ścigania Zbrodni przeciwko Narodowi Polskiemu) in der Nacht versichert Ministerpräsident Mateusz Morawiecki, dass die Freiheit der Debatte über den Holocaust nicht eingeschränkt werde und Polen »im Kampf gegen falsche Behauptungen über die Beteiligung des polnischen Staates an der deutschen Verbrechenmaschinerie auf der Seite der Wahrheit« stehe. Die Verbreitung von Wissen über den Holocaust sei nicht nur Aufgabe Israels, sondern auch Polens.
01.02.2018	Die Sprecherin des US-amerikanischen Außenministeriums, Heather Nauert, bekräftigt die Aufforderung des Außenministeriums an die polnische Regierung, die Folgen des vom Sejm und vom Senat verabschiedeten Gesetzes über das Institut des Nationalen Gedenkens, Kommission für die Verfolgung von Verbrechen gegen die Polnische Nation (Instytut Pamięci Narodowej, Komisja Ścigania Zbrodni przeciwko Narodowi Polskiemu) nochmals zu überdenken. Das Außenressort sei besorgt über im Zusammenhang mit dem Gesetz auftretende Spannungen zwischen den USA und Polen sowie Polen und Israel. Am Vortag hatte sich das State Department an Polen gewandt, die Debatte über den Holocaust nicht zu beschränken.
02.02.2018	In der Antwort auf einen Brief an Präsident Andrzej Duda, den acht Abgeordnete der Gruppe zur Bekämpfung des Antisemitismus des US-amerikanischen Kongresses Mitte der Woche geschrieben hatten, verurteilt der Leiter des Präsidentenkabinetts, Kryzstof Szczerski, Fälle von Kollaboration polnischer Bürger gegenüber Juden während des Zweiten Weltkriegs. Die polnische Exilregierung habe jedoch anders als andere europäische Länder nicht mit Deutschland kollaboriert. Vielmehr habe der Polnische Untergrundstaat die Verfolgung der jüdischen Bevölkerung unter Strafe gestellt. Daher widerspreche Polen heute, wenn Polen als Staat oder der polnischen Nation als Ganzer die Verantwortung oder Mitverantwortung für die Vernichtung der Juden während des Zweiten Weltkriegs zugeschrieben würde. In ihrem Brief hatten die US-Abgeordneten Duda aufgefordert, sein Veto gegen das in der vergangenen Woche vom Sejm verabschiedete Gesetz über das Institut des Nationalen Gedenkens, Kommission für die Verfolgung von Verbrechen gegen die Polnische Nation (Instytut Pamięci Narodowej, Komisja Ścigania Zbrodni przeciwko Narodowi Polskiemu) einzulegen. Sie seien tief beunruhigt, dass das Gesetz den Dialog über eine Verantwortung polnischer Bürger in Bezug auf den Holocaust beeinflussen könne.
03.02.2018	In einer Pressemitteilung zum kontroversen Gesetz über das Institut des Nationalen Gedenkens, Kommission für die Verfolgung von Verbrechen gegen die Polnische Nation (Instytut Pamięci Narodowej, Komisja Ścigania Zbrodni przeciwko Narodowi Polskiemu) unterstreicht Außenminister Sigmar Gabriel, dass der von den Nationalsozialisten organisierte Massenmord von Deutschland begangen worden sei und einzelne Fälle von Kollaboration daran nichts ändern würden. Weiter sagt er, zur Aufarbeitung der eigenen Geschichte gehöre, dass die Opfer uneingeschränkt über das erfahrene Leid sprechen dürften. Polen könne sich darauf verlassen, dass Deutschland jede Art von Geschichtsverfälschung, wie den Begriff »polnische Konzentrationslager«, scharf verurteile.
05.02.2018	In einem offenen Brief appellieren 18 ehemalige Botschafter und Diplomaten der Republik Polen an Präsident Andrzej Duda, das kontroverse Gesetz über das Institut des Nationalen Gedenkens, Kommission für die Verfolgung von Verbrechen gegen die Polnische Nation (Instytut Pamięci Narodowej, Komisja Ścigania Zbrodni przeciwko Narodowi Polskiemu) nicht zu unterzeichnen, sowie an die Politiker des Regierungslagers, zu einer proeuropäischen und prowestlichen Politik zurückzukehren.

Sie können die gesamte Chronik seit 2007 auch auf <http://www.laender-analysen.de/polen/> unter dem Link »Chronik« lesen.

ÜBER DIE POLEN-ANALYSEN

Die Polen-Analysen erscheinen zweimal monatlich als E-Mail-Dienst. Sie werden gemeinsam vom Deutschen Polen-Institut Darmstadt, der Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen und der Deutschen Gesellschaft für Osteuropakunde herausgegeben.

Ein Archiv der Polen-Analysen finden Sie im Internet unter www.laender-analysen.de/polen

Kostenloses Abonnement unter <http://www.deutsches-polen-institut.de/Newsletter/subscribe.php>

Diese Analysen finden Sie online als Lizenzausgabe auf bpb.de



Deutsches Polen-Institut Darmstadt (www.deutsches-polen-institut.de)

Das seit 1980 tätige Deutsche Polen-Institut Darmstadt (DPI) ist ein Forschungs-, Informations- und Veranstaltungszentrum für polnische Kultur, Geschichte, Politik, Gesellschaft und die deutsch-polnischen Beziehungen, die sich im Kontext der europäischen Integration entwickeln. Institutionelle Träger des DPI sind das Land Hessen, die Kultusminister der Länder, das Auswärtige Amt und die Wissenschaftsstadt Darmstadt. Einen wesentlichen Beitrag zur Verwirklichung der Institutsziele leisten private Stiftungen. Ziel der Vermittlertätigkeit des DPI ist es, »die zu interessieren, auf die es politisch, wirtschaftlich, gesellschaftlich und kulturell im deutsch-polnischen Verhältnis ankommt« (Leitlinien 1997). Es geht um die Entscheider und Multiplikatoren in Politik, Kultur, Bildung, Verwaltung, Medien und Wirtschaft. Das DPI versteht sich in Kooperation mit den Orten wissenschaftlicher Polen-Kompetenz an deutschen Hochschulen und Forschungsinstituten als verbindendes und vernetzendes Zentrum. Mit der 70.000 Bände zählenden multidisziplinären Fachbibliothek für Polen, die eine einzigartige Sammlung polnischer Belletristik in der Originalsprache und in deutscher Übersetzung umfasst, ist das DPI ein geschätzter Ort der Recherche und des wissenschaftlichen Arbeitens.

Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen (www.forschungsstelle.uni-bremen.de)

1982 gegründet, widmet sich die Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen der interdisziplinären Analyse der Länder Ost- und Ostmitteleuropas in Zeitgeschichte und Gegenwart. Der Forschungsschwerpunkt liegt dabei auf der Rolle von »Dissens und Konsens«, von Opposition und Zivilgesellschaft in ihrem historischen, politischen, gesellschaftlichen und kulturellen Kontext. Die Forschungsstelle besitzt in ihrem Archiv eine einzigartige Sammlung alternativer Kulturgüter und unabhängiger Texte aus den ehemaligen sozialistischen Ländern. Darunter befindet sich auch eine umfangreiche Sammlung des »Zweiten Umlaufs«, die das Schrifttum und Dokumente unabhängiger Initiativen und gesellschaftlicher Gruppen in Polen aus der Zeit von 1976 bis zum Umbruch umfasst. Hinzu kommt eine umfangreiche Bibliothek mit wissenschaftlicher Literatur. Mit Archiv, Bibliothek und zwei wissenschaftlichen Abteilungen ist die Forschungsstelle auch eine Anlaufstelle sowohl für Gastwissenschaftler als auch für die interessierte Öffentlichkeit.

Eine der Hauptaufgaben der Forschungsstelle ist die Information der interessierten Öffentlichkeit. Dazu gehören unter anderem regelmäßige E-Mail-Informationendienste für Politik, Wirtschaft, Zivilgesellschaft und Medien.

Herausgeber:

Deutsches Polen-Institut, Deutsche Gesellschaft für Osteuropakunde e.V., Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen, Leibniz-Institut für Agrarentwicklung in Transformationsökonomien, Leibniz-Institut für Ost- und Südosteuropaforschung, Zentrum für Osteuropa- und internationale Studien (ZOIS) gGmbH

Redaktion:

Prof. Dr. Dieter Bingen (verantwortlich) (Darmstadt) und Silke Plate M.A. (Bremen)
Satz: Matthias Neumann

Wissenschaftlicher Beirat:

Prof. Dr. Stefan Garsztecki, Technische Universität Chemnitz
Prof. Dr. Klaus Ziemer, Kardinal-Stefan-Wyszyński-Universität Warschau

Die Meinungen, die in den Polen-Analysen geäußert werden, geben ausschließlich die Auffassung der Autoren wieder.
Abdruck und sonstige publizistische Nutzung sind nach Rücksprache mit der Redaktion gestattet.

Polen-Analysen-Layout: Cengiz Kibaroglu, Matthias Neumann

Alle Ausgaben der Polen-Analysen sind mit Themen- und Autorenindex archiviert unter www.laender-analysen.de

ISSN 1863-9712 © 2018 by Deutsches Polen-Institut, Deutsche Gesellschaft für Osteuropakunde e.V., Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen, Leibniz-Institut für Agrarentwicklung in Transformationsökonomien, Leibniz-Institut für Ost- und Südosteuropaforschung, Zentrum für Osteuropa- und internationale Studien (ZOIS) gGmbH
Kontakt: Dr. Andrzej Kaluza, Presse- und Öffentlichkeitsarbeit, Deutsches Polen-Institut, Residenzschloss, Marktplatz 15,
64283 Darmstadt, Tel.: +49/6151/4202-20, Fax: +49/6151/4202-10, E-Mail: polen-analysen@dpi-da.de, Internet: www.laender-analysen.de/polen



Kostenlose E-Mail-Dienste auf www.laender-analysen.de



[@laenderanalysen](https://twitter.com/laenderanalysen)

Die Länder-Analysen bieten regelmäßig im kostenlosen Abonnement kompetente Einschätzungen aktueller politischer, wirtschaftlicher, sozialer und kultureller Entwicklungen in Ostmitteleuropa und der GUS. Alle Länder-Analysen verstehen sich als Teil eines gemeinsamen Projektes, das der wissenschaftlich fundierten, allgemeinverständlich formulierten Analyse der Entwicklungen im östlichen Europa, der Offenheit für verschiedene inhaltliche Positionen und der kostenlosen und nicht-kommerziellen Information einer breit verstandenen interessierten Öffentlichkeit verpflichtet ist. Autor/innen sind internationale Fachwissenschaftler/innen und Expert/innen. Die Redaktionen der Länder-Analysen bestehen aus Wissenschaftler/innen mit langjähriger Forschungserfahrung.

Die deutschsprachigen Länder-Analysen werden gemeinsam von der Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen, dem Zentrum für Osteuropa- und internationale Studien, der Deutschen Gesellschaft für Osteuropakunde, dem Deutschen Polen-Institut, dem Leibniz-Institut für Agrarentwicklung in Transformationsökonomien und dem Leibniz-Institut für Ost- und Südosteuropaforschung herausgegeben. Die englischsprachigen Länder-Analysen erscheinen in Kooperation der Forschungsstelle Osteuropa mit dem Center for Security Studies (CSS) der ETH Zürich.

Die Länder-Analysen bieten regelmäßig Kurzanalysen zu aktuellen Themen, ergänzt um Grafiken und Tabellen sowie Dokumentationen. Zusätzlich gibt es eine Chronik aktueller Ereignisse. Alle Länder-Analysen sind auch mit Archiv und Indizes online verfügbar unter www.laender-analysen.de.

Belarus-Analysen

Erscheinungsweise: zweimonatlich

Abonnement unter: <http://www.laender-analysen.de/belarus/>

Caucasus Analytical Digest

In englischer Sprache. Erscheinungsweise: monatlich

Abonnement unter: <http://www.css.ethz.ch/en/publications/cad.html>

Polen-Analysen

Erscheinungsweise: zweimal monatlich

Abonnement unter: <http://www.deutsches-polen-institut.de/newsletter/polen-analysen/>

Auch als App für Android™ (ab Januar 2016) kostenlos auf Google Play™.

Russland-Analysen

Erscheinungsweise: zweiwöchentlich

Abonnement unter: <http://www.laender-analysen.de/russland/>

Auch als App für Android (ab Januar 2016) kostenlos auf Google Play.



Russian Analytical Digest

In englischer Sprache. Erscheinungsweise: zweimal monatlich

Abonnement unter: <http://www.css.ethz.ch/en/publications/rad.html>

Ukraine-Analysen

Erscheinungsweise: zweimal monatlich

Abonnement unter: <http://www.laender-analysen.de/ukraine/>

Auch als App für Android (ab Januar 2016) kostenlos auf Google Play.



Zentralasien-Analysen

Erscheinungsweise: monatlich

Abonnement unter: <http://www.laender-analysen.de/zentralasien/>

Auch als App für Android (ab Januar 2016) kostenlos auf Google Play.



Bibliographische Dienste

Die Bibliographien informieren über englisch- und deutschsprachige wissenschaftliche Neuerscheinungen zu Belarus, Russland, Ukraine sowie zu den zentralasiatischen und kaukasischen Staaten. Erfasst werden jeweils die Themenbereiche Politik, Außenpolitik, Wirtschaft und Soziales.

Erscheinungsweise: viermal jährlich

Abonnement unter: <http://www.laender-analysen.de/bibliographies>